



# Stadt Kamen

Der Bürgermeister

Fachbereich Jugend und Soziales

## Beschlussvorlage

Vorlage

**Nr. 77/2001**

öffentlich

nichtöffentlich

TOP-Nr.	Beratungsfolge
	Jugendhilfeausschuss

Bezeichnung des TOP

Nix für Kids - Kein Alkohol an Jugendliche  
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Fachbereichsleiter/in	Dezernent	Bürgermeister	Datum

### **Beschlussvorschlag:**

Der Antrag der CDU-Fraktion zur Gründung einer Aktion mit den örtlichen Vertretern des Gaststättenverbandes und dem Wirtverein "Nix für Kids - Kein Alkohol an Jugendliche" wird abgelehnt.

### **Sachverhalt und Begründung (einschl. finanzielle Möglichkeit der Verwirklichung):**

Die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes wird hier durch den Fachbereich Recht und Ordnung und den Fachbereich Jugend und Soziales regelmäßig durch Kontrollen in den Gaststätten, Diskotheken, Videotheken u.a. Veranstaltungen überprüft.

Überdies hat der Bürgermeister in einem Gespräch mit dem Vorstand des Wirtvereins angeregt, dass die Verwaltung aus Anlass der Versammlungen des Wirtvereins bestimmte Themen erörtert, wie z.B. Fragen der Sperrzeit und des Jugendschutzes. In der ersten Erörterungsrunde ist der Themenkreis "Sperrzeit" besprochen worden. In der nächsten Gesprächsrunde will die Verwaltung den Themenkreis "Jugendschutz" erörtern.

Aber: Es liegen derzeit keine Anhaltspunkte dafür vor, dass die Regelungen zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit grundsätzlich nicht in der gebotenen Form und in ausreichendem Maße durch die Wirte in unserer Stadt, durch die Betreiber der Kioske oder durch den Einzelhandel, beachtet würden. Eine Diskrepanz, wie im Antrag der CDU formuliert, zwischen den Regeln des Jugendschutzes und deren Handhabung hier in Kamen, liegt somit nicht vor und muss im Interesse aller, die sich ständig und regelmäßig um die Einhaltung bemühen, wie auch die Polizei, das Personal in den Jugendzentren, der Kinder- und Jugendbeauftragte, der Jugendpfleger und viele ehrenamtliche Jugendleiterinnen und Jugendleiter, die selbstverständlich in ihren Fortbildungen auch dieses Thema belegen und in ihrer täglichen Arbeit damit befasst sind, zurückgewiesen werden.

Anlass, das bisherige Verfahren in eine Aktion zu geben, sieht die Verwaltung nicht.